

## **Hessischer Integrationsplan – 10 Punkte für ein respektvolles Miteinander**

### **Hessen ist ein Einwanderungsland.**

Hessen ist ein weltoffenes Land in der Mitte Deutschlands und Europas. Darauf setzen wir. Nachhaltige Integrationspolitik gehört zu den wichtigen Standortfaktoren des Landes. Wir waren und sind darauf angewiesen, dass Menschen zu uns ziehen, um hier zu leben und zu arbeiten, wenn wir unsere Spitzenposition als nationaler und internationaler Standort halten wollen.

Integration ist eine respektvolle Verständigung zwischen Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderern. Die Rahmenbedingungen für eine Integration der Menschen, die bei uns leben und der Menschen, die zu uns kommen, muss die Mehrheitsgesellschaft schaffen. Kultureller und ökonomischer Fortschritt haben immer im Austausch, nie in der Abschottung stattgefunden. Unsere Verfassung und die Grundwerte unserer Gesellschaft, also Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Basis, um aufeinander zuzugehen und bilden die Leitbegriffe einer modernen Integrationspolitik.

Es geht um die Freiheit, die eigene Identität zu bewahren. Es geht um Gerechtigkeit, also um Chancengleichheit und soziale Integration zur Teilhabe an unserer Gesellschaft. Und es geht um die Solidarität, das Zueinander-Stehen und das Aufeinander-Zugehen.

### **Koch fischt am rechten Rand.**

Die Kochsche Integrationspolitik ist nicht sachorientiert, sondern von Ressentiments geleitet. Mit seiner Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft hat Koch billigend in Kauf genommen, Feindseligkeiten gegen Migrantinnen und Migranten zu schüren. Mit der „Operation düstere Zukunft“ hat Koch nicht nur, aber auch den Migrantinnen und Migranten einen guten Teil ihrer sozialen Basis für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration entzogen.

Kochsche Integrationspolitik bleibt bei Einzelmaßnahmen stecken und bleibt seiner Linie treu, Politik nur für das Schaufenster zu machen. In Hessen fehlt das geschlossene Konzept der Integrationspolitik. Es werden bisher nur punktuelle Maßnahmen angeboten. Diese wurden von oben herab ausgewählt und den Betroffenen als Einzelmaßnahmen vorgesetzt (z.B. Integrationsrat, Integrationspreis, Vereinbarung mit den Kommunen). Das

einziges flächendeckendes Projekt ist der seit Jahren hochgejubelte Sprachtest für Vorschulkinder, der eine lange Anlaufzeit brauchte

### **Der Bund hat vorgelegt.**

Der Bund hat mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz erstmals einen rechtlichen Rahmen für die Integration gesetzt und kümmert sich seither mit Kursangeboten um die Integration der Erwachsenen. Während der Bund für die Integration der Erwachsenen zuständig ist, sind die Länder für die Integration der Kinder und Jugendlichen verantwortlich. Bei den Kommunen liegt die Pflicht, für das gute Zusammenleben in den örtlichen Gemeinschaften zu sorgen. Zusätzlich gibt es den nationalen Integrationsplan, der die Verantwortlichkeiten zuweist und die Aktivitäten der Beteiligten im Dialog bündelt, vernetzt und steuert.

### **Der hessische Integrationsplan ist überfällig.**

Wie alle Länder hat Hessen Selbstverpflichtungen nach dem nationalen Integrationsplan übernommen. Das betrifft zum Beispiel den integrationsorientierten Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen, die Bildungs- und Erziehungspläne in Schule und Kindergarten, die Öffnung der Bildungseinrichtungen in die Wohnquartiere, die Sprachförderung, den Ausbau von Ganztagschulen, die Senkung der Schulabbrecherquote, die aktive Zusammenarbeit von Elternhaus und Bildungseinrichtungen und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Passiert ist bisher wenig. Das werden wir ändern.

Erfolgreiche Integrationspolitik braucht flächendeckend allgemein bekannte und überall zugängliche Anlaufstellen und Angebote. Das sozialdemokratische Regierungsprogramm für Hessen stellt deshalb die Kinder und die Jugendlichen in den Vordergrund. Wir wollen die Kinder und die Jugendlichen erreichen und ihre Chancen erhöhen. Das funktioniert nicht nach Gutsherrenmanier oder indem man sich aufbläst und spreizt. Man muss Kinder und Jugendliche da abholen, wo sie sind. Wir setzen auf pragmatische, niederschwellige Angebote des Staates und wollen die Zivilgesellschaft nicht nur einbeziehen, sondern aktivieren.

Wir reden mit den Migrantinnen und Migranten. Wir reden nicht über sie. Nachhaltige Integration wird nicht verordnet, sondern im Dialog entwickelt. Es geht um das gesamte gesellschaftliche Spektrum, das wir einbeziehen und vernetzen werden. Das sind die Migrantinnen und Migranten ebenso wie die Zivilgesellschaft, also Vereine und Verbände aus allen gesellschaftlichen Bereichen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Medien, die Kulturschaffenden und die Wirtschaft. Die Nachhaltigkeit der vorhandenen sinnvollen Projekte kann so wesentlich erhöht werden.

## **10-Punkte für ein respektvolles Miteinander**

### **1. Integration durch Bildung, vor allem in der Schule**

Das sozialdemokratische Regierungsprogramm für Hessen stellt die Kinder und die Jugendlichen in den Vordergrund. Wir werden die aussondernde Schulpolitik beenden. Die „Pisa-Studien“ haben wiederholt belegt, dass Kinder aus Migrantenfamilien besonders benachteiligt sind und in der Schule durchweg schwächere Leistungen erzielen. Nach wie vor haben wir erheblichen Nachholbedarf bei zielgerichteter Integration in der Schule. Aus der Iglu-Studie wissen wir, dass Migrantenkinder bei der Gymnasialempfehlung benachteiligt werden – auch bei gleicher Lesekompetenz und vergleichbarer sozialer Herkunft. Wir können es uns – schon angesichts der demographischen Herausforderungen – schlicht nicht länger leisten, einen großen Teil der Schülerinnen und Schüler einfach abzuhängen. Im Haus der Bildung werden wir die Schulabbrecher-Quoten senken und hier flankierende Hilfen anbieten. Wir müssen erfolgreiche Schullaufbahnen für unsere Kinder und Jugendlichen sicher stellen und außerdem, dass der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt. Mit der Abschaffung der Studiengebühren werden wir allen Kindern, auch wenn sie aus weniger bildungsorientierten Elternhäusern stammen, den Zugang zu einem höheren Abschluss erleichtern.

### **2. Interkulturelles Fachwissen in Schulen und Kindergärten stärken**

In Hessen gibt es etwa 75.000 muslimische Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen mehr Lehrer und Erzieher, die das nötige Hintergrundwissen für den täglichen Umgang mit ihnen haben. Interkulturelle Kompetenz muss zu einem Schwerpunkt der Lehrerfortbildung werden. Auch werden wir verstärkt Lehrer und Erzieher mit ausländischen Wurzeln einstellen. Nur etwa 1% der Lehrer und Lehrerinnen an allgemeinbildenden Schulen hat einen Migrationshintergrund. Gerade solche Lehrer und Erzieher könnten zugleich Mittler zwischen den Kulturen und Vorbilder sein. Das gilt übrigens nicht nur für den engeren Bereich der Schule, sondern für den gesamten öffentlichen Dienst bis hin zu Justiz und Polizei. Lehrer müssen entscheidungssicher sein, beispielsweise erkennen können, ob hinter einem religiösen Vorbehalt in Wirklichkeit praktische Probleme stehen, ob der Vorbehalt wirklich gewichtig ist oder ob er womöglich sogar nur als Ausrede angeführt wird. Zum interkulturellen Verständnis gehört auch ein islamisches Religionsunterricht-Angebot in deutscher Sprache. Wir wollen als islamische Religionslehrer Lehrkräfte, die an deutschen Hochschulen ausgebildet wurden. Wir werden uns dabei an den Erfahrungen anderer Bundesländer orientieren, die im Begriff sind, mit den muslimischen Organisationen, die die Werte der Verfassung anerkennen, Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Nur so kann eine verbindliche Basis für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts geschaffen werden.

### **3. Frühkindliche Bildung, insbesondere Erwerb der deutschen Sprache**

In Hessen brauchen wir gezielte Förderangebote im Kindergarten und in der Schuleingangsstufe. Kinder aus Migrantenfamilien verfügen über eine hohe Lernbereitschaft. Das spiegelt sich aber nicht in einem entsprechenden Lernerfolg wieder. Deshalb ist die Ausweitung der Schulpflicht auf eine Kindergarten-/Vorschulpflicht notwendig. Auch die Sprache des Herkunftslandes gilt es zu fördern, wo dies möglich ist. Denn der deutsche Spracherwerb von Kindern verläuft

erfolgreicher, wenn sie auch in ihrer Herkunftssprache Lesen und Schreiben können. Außerdem erhöht sichere Zweisprachigkeit die Chancen am Arbeitsmarkt ganz erheblich.

Das bisherige Angebot der sogenannten „Vorlaufkurse“ ist lückenhaft, besonders im ländlichen Raum, weil die Frage der Schulwege ungelöst ist. Außerdem kommt es zu Abstimmungsproblemen, denn die Federführung für die Vorlaufkurse liegt nicht in einer Hand, sondern zwischen Sozial- und Kultusministerium. Erfolgversprechender als die Vorlaufkurse sind ein verpflichtendes letztes Kindergarten-/Vorschuljahr und eine flächendeckende und flexible Schuleingangsphase im „Haus der Bildung“.

#### **4. Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessern**

Jugendliche Migrantinnen und Migranten bleiben häufiger als Einheimische ohne Berufsausbildung und sie sind auch wesentlich häufiger arbeitslos. Derzeit haben 41% der jungen Menschen mit Migrationshintergrund keinen beruflichen Bildungsabschluss. Von denen ohne Migrationshintergrund hingegen sind es nur 15%. Der Ausländeranteil bei den Auszubildenden sinkt seit über 10 Jahren von 9,8% im Jahr 1994 auf 4,4% im Jahr 2005. Jeder zweite Ausländer in Deutschland hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zentrale Aufgabe unserer Bildungs- und Integrationspolitik ist daher die Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Das betrifft auch die abschlussorientierte Nachqualifizierung sogenannter „Altfälle“. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss muss eine neue Chance eröffnet werden, um zum Beispiel einen Schulabschluss nachzuholen.

#### **5. Integration vor Ort – sozialräumliche Integration im Wohnquartier**

Migration und Integration sind wichtige Aspekte der demographischen Entwicklung in den Städten. Stadtteile mit hohem Migrantenanteil haben durchaus ein hohes mittelfristiges Entwicklungspotential, schon wegen der vielen Kinder. Deshalb sind nachhaltige Strategien der Integration im Wohnquartier besonders wichtig. Migrantinnen und Migranten mit Integrationsbedarf sollen an einer einzigen Anlaufstelle Rat und Hilfe erhalten. Wir wollen die Familienzentren zu Integrationszentren in den Stadtteilen weiterentwickeln, in denen Kinder insbesondere beim vorschulischen Erlernen der deutschen Sprache gefördert, Eltern niederschwellig beraten und durch Bildungsmaßnahmen für Familien begleitet werden. Gemeinsam mit den Kirchen und Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege werden wir die vorhandenen Migrationsfachdienste zu Integrationszentren umwandeln. Die klassische Beratung soll in Zukunft flexibler werden und verstärkt dezentral arbeiten, mit aufsuchender Beratung und Hilfe. Das betrifft die Familien ebenso wie die älteren Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Wir werden mit dem Programm „Soziale Stadt“ besonders schwierige Quartiere stabilisieren.

#### **6. Bürgerschaftliches Engagement**

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig und bedarf der Eigeninitiative. Wir wollen besonders auch die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund zu bürgerschaftlichem Engagement motivieren, ermutigen und ihre Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens ermöglichen. Dazu gehört das bürgerschaftliche

Engagement in Migrantenorganisationen ebenso wie das gemeinsame Engagement von Deutschen und Zuwanderern. Insbesondere in den klassischen Bereichen des freiwilligen Engagements wie Freiwillige Feuerwehr, Vereine, Bürgerinitiativen, Umweltschutz, Tierschutz gilt es, die Beteiligung von Migranten zu erhöhen. Hierzu brauchen wir Ermunterung, sowohl bei den Vereinigungen als auch bei den Migrantinnen und Migranten. Denn allzu oft glauben Zugewanderte, dass sie – etwa wegen Sprachschwierigkeiten - nicht willkommen seien.

## **7. Frauen und Mädchen**

Die Situation von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund bedarf unserer besonderen Zuwendung. Wir werden den Mädchen und Frauen helfen, wenn sie in familiäre Konflikte und Zwangssituationen geraten. Jugendliche Migrantinnen dürfen beispielsweise nicht gezwungen werden, im Familienverband zu bleiben oder zu heiraten.

Andererseits aber begegnen Frauen und Mädchen pauschalen Vorurteilen und Klischees, etwa zu ihrer fehlenden Selbständigkeit und ihrer traditionellen Frauenrolle in einer patriarchalischen Familienstruktur. Ihre Lebenswirklichkeit, zum Beispiel als Schülerin, als Studentin, als Auszubildende sieht – glücklicherweise - oft ganz anders aus. Wir wollen die besondere Situation von jugendlichen Migrantinnen in der Schule, in der Familie, beim Einstieg in Ausbildungsverhältnisse und bei Freizeitangeboten berücksichtigen.

Für Migrantinnen, die ihre traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter wahrnehmen, ist die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen wichtig. Sie eröffnet ihnen eine verbesserte Integration und nicht zuletzt das bessere Verständnis ihrer erzieherischen Verantwortung für die schulische Karriere und die Berufsperspektive ihrer Kinder.

## **8. Integration in Sport und Kultur fördern**

Sport ist ein wichtiger Baustein unserer Gesellschaft. Wir schätzen gerade die integrative Bedeutung des Sports sehr hoch ein, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Jedoch ist es so, dass 27% der deutschen Kinder, aber nur 13% der Kinder mit Migrationshintergrund den Sport als ihr Lieblings-Freizeitangebot betrachten. Insbesondere kostenpflichtige, konfessionelle oder an Vereinsstrukturen gebundene Angebote erreichen Kinder mit Migrationshintergrund schlechter (LBS-Kinderbarometer). Der Deutsche Fußball-Bund schätzt, dass etwa 8% der Vereinsmitglieder Ausländer sind. Es bedarf also weiterer Anstrengungen, um die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für Sport als Freizeitgestaltung zu begeistern. Auch hier kommt den Integrationszentren im Wohnquartier eine wichtige Aufgabe zu. Sie können die wichtige Vernetzungsaufgabe zwischen den örtlichen Sportvereinen und ihrem Nachwuchs mit Migrationshintergrund leisten.

Die kulturellen Aspekte der Zuwanderung werden wir stärker in den Blick nehmen. Hier setzen wir auf ein breites Bildungs- und Erziehungsangebot für alle, außerdem auf die Künstlerförderung, die Nachwuchsförderung auch bei der Interkultur/Migrantenkultur, die Medienpolitik sowie den kulturellen Austausch mit den Herkunftsländern.

## 9. Ältere Menschen mit Migrationsgeschichte

Die „Gastarbeitergeneration“ in Deutschland erreicht in zunehmender Zahl das Rentenalter. Anders als die Migrantinnen und Migranten es vielleicht selbst beabsichtigt hatten, sind sie in Deutschland geblieben. Die Rückkehr in ihr Herkunftsland ist für sie keine ernst zu nehmende Alternative mehr. Die Altenhilfe steht damit vor der Herausforderung, Betreuung und Pflege alter Menschen mit Migrationshintergrund kultursensibel auszurichten. Für diese Aufgabe benötigt sie interkulturelle Kompetenzen und eine entsprechende fachliche Unterstützung. Besondere Herausforderungen bilden dabei die spezifischen Bedürfnisse der Zugewanderten, ihre Sprache und ihre Kultur, ihre Ernährungs- und Lebensgewohnheiten und ihre religiöse Orientierung.

## 10. Missstände in Hessen müssen sofort beseitigt werden

**Schulbesuch für alle Kinder:** In Hessen gibt es keine Schulpflicht für Kinder ohne Aufenthaltsrecht – anders als zum Beispiel in Bayern. Überdies müssen hessische Lehrer ein solches Kind, wenn es ihnen auffällt, bei den Ausländerämtern anzeigen. Das gehört sofort geändert. Sozialdemokratische Schulpolitik grenzt kein Kind vom Schulbesuch aus. Jedes Kind hat ein Recht auf schulische Bildung, auch in Hessen.

**Härtefallkommission:** In Hessen besteht die Härtefallkommission allein aus dem Petitionsausschuss des Landtages. Wir wollen den Sachverstand der Abgeordneten um den Erfahrungsschatz und das Wissen aus der Praxis, von Kirchen und Flüchtlingsorganisationen erweitern. Das ist mehr als überfällig angesichts der besonderen Tragweite und Gewichtigkeit der Entscheidungen, die diese Kommission zu treffen hat.